



## Vorlage Stadtparlament

vom 11. Februar 2014

Nr. 1504

Polizeikorps: Offiziere, Mannschaft, Beamte und Beamtinnen

### Personalaufstockung Stadtpolizei; zweiter Schritt

#### Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ab dem Jahr 2015 werden die Kredite für maximal acht zusätzliche Polizistinnen und Polizisten ins Budget eingestellt.

#### Zusammenfassung

*Im Jahr 2009 wurde eine Umfeldanalyse der Stadtpolizei mit einer detaillierten Bedarfsplanung erarbeitet. Dabei wurde ein zusätzlicher Personalbedarf von 25 Stellen ausgewiesen. Der Stadtrat entschied, dem Parlament die notwendige Personalaufstockung in zwei Etappen zu unterbreiten. Die Vorlage „Personalaufstockung Stadtpolizei 2010 – 2013; erster Schritt“ (Nr. 1476 vom 16. Februar 2010) sah vor, während drei Lehrgängen jeweils vier Polizistinnen bzw. Polizisten zusätzlich auszubilden und einzustellen. An seiner Sitzung vom 9. März 2010 hat das Stadtparlament diese Aufstockung um insgesamt zwölf Korpsangehörige einstimmig gutgeheissen.*

*Den Antrag für den zweiten Schritt der Korpsverstärkung hatte der Stadtrat dem Stadtparlament auf Ende 2011 nach einer aktualisierten Lagebeurteilung in Aussicht gestellt. Zu dieser Zeit kündigte die Kantonsregierung die Vereinbarung über die Erfüllung polizeilicher Aufgaben auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen vorsorglich auf den 31. Dezember 2013. Grund für die Kündigung der genannten Vereinbarung bildete der Auftrag des Kantonsrats, mögliche Einsparungen durch eine Zusammenlegung der Polizeikorps von Stadt und Kanton abzuklären. Zudem wurde die Regierung vom Kantonsrat aufgefordert, die Abgeltung für die Leistung der übertragenen Aufgaben von jährlich rund CHF 8.4 Mio. um etwa CHF 4 Mio. zu reduzieren.*



*Angesichts dieser Situation verzichtete der Stadtrat darauf, dem Stadtparlament die per Ende 2011 angekündigte aktualisierte Bedarfsplanung vorzulegen. Der Stadtrat vertrat die Ansicht, zuerst mit dem Kanton die Modalitäten der weiteren Zusammenarbeit ab dem Jahr 2014 zu regeln, um das Resultat der Verhandlungen mit dem Kanton in die Überlegungen zur zweiten Aufstockungsvorlage einzubringen.*

*Stadt und Kanton haben sich im Rahmen intensiver Verhandlungen darauf geeinigt, auch ab dem Jahr 2014 an der heutigen, bewährten Struktur und Zusammenarbeit der beiden Polizeikorps festzuhalten. Die Stadtpolizei soll weiterhin auch für die Erbringung der übertragenen kantonalen Aufgaben verantwortlich sein. Anstatt der bisherigen Abgeltung von jährlich CHF 8.4 Mio. wird der Kanton der Stadt inskünftig aber nur noch CHF 6.5 Mio. für denselben Leistungsumfang vergüten. Für den Stadtrat war die Argumentation der Kantonsregierung nachvollziehbar, dass der Kanton die übertragenen Aufgaben nicht (mehr) mit dem heutigen Kräfteinsatz, der wesentlich höher ist als jener im übrigen Kanton, finanzieren oder selbst erbringen kann. Der für das angestrebte Sicherheitsniveau in der Stadt notwendige Kräfteinsatz zur Gewährleistung möglichst kurzer Interventionszeiten und einer spürbaren Polizeipräsenz rund um die Uhr rechtfertigen es nach Ansicht des Stadtrates, dass die Stadt einen Teil der übertragenen Aufgaben im Umfang von CHF 1.9 Mio. selbst finanziert.*

*Anlässlich der Beratung des Budgets am 10. Dezember 2013 und im Wissen um die vorgesehene Kürzung der Abgeltung durch den Kanton hat das Stadtparlament deutlich gemacht, dass es die Bedeutung einer eigenen, mit ausreichenden Kräften ausgestatteten Stadtpolizei zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus anerkennt. Sämtliche Fraktionen haben sich dafür ausgesprochen, dass der Stadtrat die vorgesehene zweite Tranche der Polizeiaufstockung zur Beschlussfassung vorlegt.*

*In der Vorlage vom 16. Februar 2010 wurden die Bedeutung der Sicherheit für unsere Stadt sowie organisatorische und betriebliche Zusammenhänge ausführlich erläutert. Dies wird hier nicht wiederholt, sondern nur ergänzt. Der damals ermittelte zusätzliche Personalbedarf von insgesamt 25 Stellen ist aus aktueller Sicht betrieblich weiterhin ausgewiesen. Er muss aber auch im Lichte der knapper werdenden städtischen Finanzmittel beurteilt werden. Daher beschränkt sich der Antrag auf den aus betrieblicher Sicht unbedingt erforderlichen Personalausbau. Weitergehende, aber nicht zwingende Bedürfnisse werden zurückgestellt. Gleichzeitig werden weitere organisatorische Anstrengungen zur Realisierung von Effizienzgewinnen unternommen, insbesondere durch die Weiterausbildung der Verkehrsangestellten zu Sicherheitsassistentinnen.*

*Mit dem beantragten Ausbau des Soll-Bestandes von heute 216.3 auf neu 224.3 Stellen verfolgt der Stadtrat im Wesentlichen vier Zielsetzungen:*



- *Punktueller Verstärkung der Präsenz der Stadtpolizei im öffentlichen Raum;*
- *Senkung der zu leistenden Überzeit der Korpsangehörigen;*
- *Erhöhung der Arbeitsplatz-Attraktivität;*
- *Abfederung der erhöhten personellen Fluktuation.*

*Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass der vorgeschlagene Stellenausbau bei der Stadtpolizei für die Sicherheit und damit das Wohlbefinden in unserer Stadt richtig und wichtig ist.*

## **Inhaltsverzeichnis**

<i>Zusammenfassung</i> .....	1
Inhaltsverzeichnis .....	3
1 Ausgangslage .....	3
2 Überprüfung Bedarfsplanung .....	5
3 Einführung Sicherheitsassistentendienst .....	5
4 Zielsetzungen des Personalausbaus .....	6
4.1 Stärkung der sichtbaren Polizeipräsenz .....	7
4.2 Reduktion der Überzeit .....	8
4.3 Verbesserung der Arbeitsbedingungen .....	9
4.4 Gewährleistung der Auftragserfüllung .....	9

### **1 Ausgangslage**

Die Anforderungen an die Stadtpolizei und die Belastung der einzelnen Korpsmitglieder sind in den vergangenen Jahren spürbar gestiegen. Dies ist vor allem Folge der 24-Stunden-Gesellschaft und des veränderten Ausgeh- und Konsumverhaltens im Zuge der Liberalisierung des Gastgewerbes, der Zentrumswirkung unserer Stadt für die gesamte Region, der veränderten Rahmenbedingungen von – teilweise spontan über soziale Medien organisierten – Grossveranstaltungen sowie der vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben der Stadtpolizei etwa im Bereich der häuslichen Gewalt oder des kontinuierlich zunehmenden Strassenverkehrs. Im Frühjahr 2010 unterbreitete der Stadtrat deshalb dem Stadtparlament die



Vorlage „Personalaufstockung Stadtpolizei 2010 – 2013; erster Schritt“<sup>1</sup>. Darin wurde ausführlich ein zusätzlicher Stellenbedarf von 25 Mitarbeitenden begründet.

Das Stadtparlament bewilligte am 9. März 2010 als erste Tranche eine Personalaufstockung bei der Stadtpolizei um zwölf Stellen. Die Rekrutierung dieser zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten erfolgte etappenweise: An den Lehrgängen 2010/11, 2011/12 sowie 2012/13 der Polizeischule Ostschweiz in Amriswil wurden zusätzlich zum Grundkontingent von acht Ausbildungsplätzen jeweils vier zusätzliche Ausbildungsplätze belegt. Die Rekrutierung, Ausbildung und Indienststellung konnte wie vorgesehen abgeschlossen werden.

Dem Stadtparlament wurde für Ende 2011 eine aufgrund möglicher Veränderungen aktualisierte Vorlage mit dem zweiten Ausbauschnitt in Aussicht gestellt. Von der Unterbreitung einer solchen Vorlage sah der Stadtrat vorerst ab. Nach der vorsorglichen Kündigung der Vereinbarung über die Erfüllung polizeilicher Aufgaben auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen (sRS 412.1) durch den Kanton Ende 2011 galt es zunächst, die Modalitäten betreffend die weitere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton in diesem Bereich ab dem Jahr 2014 zu regeln. Im Zuge dieser Verhandlungen hat die Stadtpolizei eine umfassende Leistungsanalyse vorgenommen. Seit dem Abschluss der Verhandlungen Ende 2013 steht fest, dass die Stadt St.Gallen auch weiterhin im bisherigen Umfang die übertragenen kantonalen Aufgaben (vor allem die Überwachung des rollenden Verkehrs, die Sanktionierung bzw. Verzeigung entsprechender Verstösse sowie die Durchführung des Verkehrsunterrichts in den städtischen Schulen) wahrnehmen wird. Die Abgeltung dafür umfasst ab dem Jahr 2014 CHF 6.5 Mio. pro Jahr. Gegenüber heute wird der Kanton damit inskünftig CHF 1.9 Mio. weniger für dieselben Leistungen der Stadtpolizei vergüten. Der aus städtischer Sicht für das angestrebte Sicherheitsniveau notwendige, im Vergleich zu den übrigen Gemeinden des Kantons höhere Kräfteinsatz zur Gewährleistung möglichst kurzer Interventionszeiten und einer Polizeipräsenz rund um die Uhr rechtfertigen es, dass die Stadt einen Teil der übertragenen Aufgaben im Umfang von CHF 1.9 Mio. selbst finanziert. Mit anderen Worten: Würde im Kanton St.Gallen eine Einheitspolizei geschaffen und die Stadtpolizei aufgelöst, müsste die Stadt Abstriche in der Polizeiversorgung hinnehmen, da es dem Kanton nicht möglich wäre, die gleiche Anzahl von Polizistinnen und Polizisten im städtischen Raum einzusetzen, wie dies heute – gestützt auf die Beschlüsse des Stadtparlamentes – durch die Stadtpolizei geschieht. Aus diesem Grunde konnte der Stadtrat das Anliegen der Regierung, die Abgeltung zu kürzen, nachvollziehen. Aufgrund der umfassenden Leistungsanalyse der Stadtpolizei erwies sich das vom Kanton ursprünglich anvisierte Kürzungsvolumen von etwa CHF 4 Mio. aber als zu hoch.

---

<sup>1</sup> Vgl. Vorlage Stadtparlament Nr. 1476 vom 16. Februar 2010; nachfolgend als „Vorlage 2010“ bezeichnet.



Die nun getroffene Regelung stellt eine sorgfältig ausgehandelte Lösung dar. Sie führt dazu, dass das gesamte Leistungsportfolio der Stadtpolizei auf absehbare Zeit konstant bleiben wird. Daher ist es angezeigt, die ursprünglich für das Jahr 2011 vorgesehene Lagebeurteilung und Bedarfsplanung heute vorzulegen. Dabei können die Erfahrungen mit dem bereits vollständig vollzogenen ersten Schritt der Personalaufstockung einbezogen werden.

## **2 Überprüfung Bedarfsplanung**

Gemäss Auftrag aus der Vorlage 2010 wurde die Bestandessituation bei der Stadtpolizei einer neuerlichen Überprüfung unterzogen. Die damals angestellten Überlegungen haben sich klar bestätigt.<sup>2</sup> Dies gilt insbesondere für die Auswirkungen der neuen eidgenössischen Strafprozessordnung (SR 312.0), welche am 1. Januar 2011 in Kraft trat. Insbesondere sind die Ansprüche an die Datenbearbeitung und Rapportierung durch die Polizei deutlich gestiegen. So müssen die von der Polizei zu erhebenden Daten und Informationen bereits im Zeitpunkt der Verzeigung präziser und vollständiger sein als früher.<sup>3</sup> Um den hohen rechtsstaatlichen Anforderungen gerecht werden zu können, muss ein entsprechend grosser Aufwand betrieben werden, der letztlich zulasten der Polizeipräsenz geht.

Damit die Stadtpolizei ihren Auftrag auch in Zukunft überzeugend erfüllen und die in Ziff. 4 erläuterten Zielsetzungen erreichen kann, ist eine weitere, massvolle Personalaufstockung um acht Stellen notwendig.

Im Rahmen der Überprüfung der Bedarfsanalyse wurde auch gezielt nach Optimierungspotenzialen gesucht. Vor dem Hintergrund der noch nicht lange zurückliegenden Reorganisation „stapo '07“ konnten jedoch kaum Effizienzgewinne lokalisiert werden. Eine substantielle Verbesserung der Prozesse ist aber zumindest dank der Einführung des Sicherheitsassistentendienstes zu erwarten.

## **3 Einführung Sicherheitsassistentendienst**

Neben voll ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten verfügt die Stadtpolizei seit Jahrzehnten über sog. Verkehrsangestellte. Deren Aufgabenbereich umfasst in erster Linie die Kontrolle des ruhenden Verkehrs, einschliesslich der Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen von Ausnahmegewilligungen und der mit den Kontrollgängen verbundenen administrativen Arbeiten. Da sie ihren Dienst zwar unbewaffnet (weder persönliche Schusswaffe noch Polizeimehrzweckstock), aber uniformiert (gleiche Uniform wie die voll ausgebildeten Polizeiangehörigen) verrichten, tragen sie als Ansprechpersonen überdies zur Uniformpräsenz im öffentlichen Raum bei.

---

<sup>2</sup> Vgl. Vorlage 2010, Ziff. 4, S. 10 ff.

<sup>3</sup> Vgl. ABI 2009, 318; ABI 2009, 3137.



Seit diesem Jahr werden die Verkehrsangestellten sukzessive durch Sicherheitsassistentinnen und -assistenten abgelöst. Die bisherigen Verkehrsangestellten werden, bei entsprechendem Interesse und Eignung, weitergebildet. Der neue Sicherheitsassistentenzdienst hat, neben der Kontrolle des ruhenden Verkehrs, den Zweck, die vollausgebildeten Uniformpolizistinnen und -polizisten zu unterstützen und damit zu entlasten. Dabei werden gegenüber den heutigen Verkehrsangestellten die Kompetenzen erweitert. Für den Sicherheitsassistentenzdienst sind insbesondere folgende Aufgaben vorgesehen:

- Kontrolle der Einhaltung von Verkehrsvorschriften / Ahnden von Verstössen;
- Blockieren und Abschleppen von Fahrzeugen;
- Errichten von temporären Signalen und Absperrungen;
- Kontrollieren von Vorschriften/Auflagen auf Märkten und im öffentlichen Raum sowie Signalisationen im Bereich von Baustellen;
- Begleiten der Quartierpolizisten und Unterstützen von Präventionskampagnen;
- Ausführen verschiedenster Transporte (z.B. im Rahmen fürsorglicher Unterbringungen);
- Aufnahme von Sprayereianzeigen;
- Erstellen von Informationsberichten und Anzeigerapporten im Übertretungsbereich.

Jene Verkehrsangestellten, welche auf die Weiterbildung zur Sicherheitsassistentin verzichtet haben, werden selbstverständlich weiterhin ihren Dienst als Verkehrsangestellte verrichten. Das Ziel ist aber letztlich die vollständige Ablösung der bisherigen Verkehrsangestellten durch Sicherheitsassistentinnen und -assistenten. Dementsprechend werden bei der Stadtpolizei inskünftig keine Stellen für Verkehrsangestellte mehr ausgeschrieben.

#### **4 Zielsetzungen des Personalausbaus**

Letztlich dienen alle Anstrengungen der Stadtpolizei der Gewährleistung der Sicherheit in unserer Stadt. Als wichtige Kennzahl für die Kriminalitätsbelastung dient die Häufigkeitszahl der Delikte nach Strafgesetzbuch pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Stadt St.Gallen verfügt mit einem Wert von 94.2<sup>4</sup> über ein vergleichsweise gutes Sicherheitsniveau. Ähnlich positioniert ist Winterthur (89.9), bereits deutlich stärker belastet sind Luzern (149.9), Basel (150.0) sowie Zürich (159.4). Einzelne Städte weisen eine starke Kriminalitätsbelastung auf: Bern (180.2), Genf (184.5) und Lausanne (217.7). Innerhalb des Kantons

---

<sup>4</sup> Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Kantons St.Gallen, S. 9  
([http://www.kapo.sg.ch/home/informationen/statistiken/\\_jcr\\_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download\\_4.ocFile/2012\\_PKS\\_Jahresbericht.pdf](http://www.kapo.sg.ch/home/informationen/statistiken/_jcr_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download_4.ocFile/2012_PKS_Jahresbericht.pdf)).



St.Gallen haben Rorschach (99.1), St.Margrethen (101.3) und Wil (102.4) höhere Häufigkeitszahlen als die Stadt St.Gallen.<sup>5</sup> Allerdings hat die Kriminalitätsbelastung in der Stadt St.Gallen seit 2010 um knapp 10 Prozent zugenommen.

Der Wunsch, weiterhin ein auch im nationalen Vergleich gutes Sicherheitsniveau zu gewährleisten, ist einer der Ausgangspunkte für die beantragte Personalaufstockung. Es ist jedoch äusserst schwierig, den damit verbundenen Gewinn an Leistungen bzw. die Erhöhung des Sicherheitsniveaus zu quantifizieren. Aufgabenvielfalt (häusliche Gewalt, Schwerverkehrskontrollen etc.), gesellschaftliche Entwicklungen (etwa im Bereich der Nutzung des öffentlichen Raumes, Ausgehverhalten), rechtliche Rahmenbedingungen (z.B. Anforderungen bei Strafverfahren, Liberalisierung des Gewerberechts) verunmöglichen es, auf lange Sicht Einsatzplanungen vorzunehmen und in diesem Rahmen präzise Prognosen zu machen. Allerdings steht fest, dass durch die vorgesehene Personalaufstockung um acht Stellen eine spürbare Verbesserung der Situation in den nachfolgend beschriebenen Bereichen erreicht wird:

- Punktuelle Stärkung der sichtbaren Polizeipräsenz und damit Stärkung der objektiven und subjektiven Sicherheit in der Stadt St.Gallen;
- Reduktion der Leistung von Überzeit;
- Entlastung der Mitarbeitenden und Steigerung der Arbeitsplatz-Attraktivität;
- Gewährleistung der Auftragserfüllung auch in Zeiten stärkerer Fluktuation aufgrund von Stellenwechseln und Pensionierungen.

#### **4.1 Stärkung der sichtbaren Polizeipräsenz**

Beginnend mit dem Reorganisationsprojekt „stapo `07“ ist die Stadtpolizei seit geraumer Zeit bestrebt, ihre Präsenz im öffentlichen Raum (weiter) zu stärken. Eine sichtbare Polizeipräsenz wird als zuverlässiges und in der Regel willkommenes Signal wahrgenommen, dass dem Aspekt der Sicherheit hohes Gewicht beigemessen wird. Neben den Sektionen sind für diese sichtbare Polizeipräsenz auch weitere Organisationseinheiten der Stadtpolizei von zentraler Bedeutung, beispielsweise die Abteilung Prävention mit den Verkehrsangestellten bzw. den Sicherheitsassistentinnen und -assistenten, der Quartier- und Jugendpolizei sowie den Verkehrs- und Sicherheitsinstruktoren und -instruktorinnen. Darüber hinaus sind die Polizistinnen und Polizisten des Bereichs Bewilligungen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachdienstes Verkehr und der Fachstelle Hooliganismus gleichfalls im öffentlichen Raum präsent und handeln dabei, wenn erforderlich, auch ausserhalb ihres angestammten Funktionsbereichs.

---

<sup>5</sup> Die genannten Zahlen sind dem Statistischen Atlas der Schweiz des Bundesamtes für Statistik entnommen (<http://www.atlas.bfs.admin.ch/core/projects/13/de-de/viewer.htm?13.0.de>).



Im Übrigen werden regelmässig auch jene Polizistinnen und Polizisten, deren Hauptaufgabe ansonsten nicht im Aussendienst liegt, für die Bewältigung von Grossanlässen, insbesondere Fussballspielen und Demonstrationen, aufgeboden.

Schliesslich gilt es aber ebenso, die Notwendigkeit eines leistungsfähigen Innendienstes sowie die Wechselwirkung zwischen Polizeipräsenz und Administration im Auge zu behalten: Mit den vielfältigen Aufgaben und Leistungen der Stadtpolizei an den belebten Orten, in den Quartieren, bei Verkehrskontrollen, im Rahmen des Verkehrsunterrichts etc. sind etwa aufgrund rechtsstaatlicher Vorgaben immer auch unterstützende Tätigkeiten verbunden. Polizeiliches Handeln führt regelmässig zu Formalitäten, insbesondere Einvernahmen und Rapporten, welche im Polizeigebäude an der Vadianstrasse 57 zu bearbeiten sind. Desgleichen müssen für eine effiziente Frontarbeit auch die Unterstützungsprozesse, etwa in den Bereichen Informatik und Planung, angemessen dotiert sein. Ein hohes Sicherheitsniveau „entsteht“ also nicht ausschliesslich durch sichtbare Polizeipräsenz, sondern ist Ergebnis eines optimal abgestimmten Ressourceneinsatzes.

Mit der beantragten Erhöhung des Korpsbestandes verbessert sich die Polizeidichte (Anzahl Einwohnende pro Polizist) von bislang 363 auf 350. In der Stadt Zürich beträgt der entsprechende Wert 226, im Kanton Zürich 364 und im Kanton St.Gallen 618.<sup>6</sup> Ein Vergleich dieser Werte ist wegen unterschiedlicher Zuständigkeiten und Strukturen allerdings nur eingeschränkt aussagekräftig.

## 4.2 Reduktion der Überzeit

Neben der Erfüllung ihres funktionsbezogenen Grundauftrags müssen Polizeiangehörige immer wieder, gerade im Zusammenhang mit Fussballspielen in der Arena St.Gallen, für Sondereinsätze aufgeboden werden. Sondereinsätze müssen entweder während der ordentlichen Arbeitszeit oder anstelle von Freizeit geleistet werden. Werden Polizeiangehörige während der ordentlichen Arbeitszeit für einen Sondereinsatz aufgeboden, stehen sie während dieser Zeit nicht für die Erfüllung ihres Grundauftrags zur Verfügung. Werden Polizeiangehörige hingegen ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeit für einen Sondereinsatz aufgeboden, leisten sie Extradienst<sup>7</sup>, was als Überzeit gilt. Er kann entsprechend den Bestimmungen des städtischen Personalrechts kompensiert oder entschädigt werden.<sup>8</sup> Eine Zeitkompensation geht regelmässig zulasten der ordentlichen Arbeitszeit und Aufgabenerfüllung.

<sup>6</sup> Die genannten Vergleichszahlen entstammen dem Konzept „Sicherheit 2020 – Rahmenbedingungen, Ziele, Leistungen und benötigte Mittel der Stadtpolizei Zürich“ (Beilage zu STRB 1560 vom 5. Dezember 2012) sowie der Übersicht „Polizeibestände“ (01.01.2014) der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) ([http://www.kkpks.ch/data/Ressources/1390819017-Bestand\\_CH-Korps\\_am\\_1\\_Januar\\_2014\\_mit\\_Polizeidichte\\_&\\_Vergleich\\_zu\\_den\\_Vorjahren.pdf](http://www.kkpks.ch/data/Ressources/1390819017-Bestand_CH-Korps_am_1_Januar_2014_mit_Polizeidichte_&_Vergleich_zu_den_Vorjahren.pdf)).

<sup>7</sup> In der Vorlage 2010 wurden demgegenüber unter Ziff. 4.4 noch sämtliche Sondereinsätze als Extradienst bezeichnet.

<sup>8</sup> Vgl. Art. 25 des Reglements für Arbeitsverhältnisse mit besonderer Arbeitszeit vom 20. Dezember 1994 (sRS 191.4; abgekürzt RBA).





Nicht während der ordentlichen Dienstzeit wurde im Jahr 2012 Extradienst im Umfang von 7'600 Stunden und im vergangenen Jahr von 8'300 Stunden geleistet. Diese Einsätze erfolgten also anstelle der eigentlich vorgesehenen dienstfreien Zeit und entsprechen insgesamt mehr als vier Vollzeitstellen. Ohne den in jüngster Vergangenheit bereits realisierten Personalausbau wäre die Entwicklung noch ungünstiger verlaufen und eine stärkere Zunahme der Extradienststunden zu verzeichnen gewesen. Ein Teil dieser aufgelaufenen Überzeit, jeweils ca. 2'900 Stunden, wurde finanziell abgegolten. Der Rest musste zulasten der ordentlichen Einsatzplanung kompensiert werden, was jeweils zu einer Schwächung der Polizeipräsenz führte. Mit der angestrebten Personalaufstockung soll die Zahl der Extradienststunden reduziert werden.

#### **4.3 Verbesserung der Arbeitsbedingungen**

Verschiedene Faktoren beeinflussen die Arbeitsbedingungen, etwa Aufgaben, Verantwortung und Kompetenzen einer Stelle, das Arbeitsklima, finanzielle Aspekte wie Lohn und berufliche Vorsorge, aber auch die Häufigkeit von Wochenenddiensten z.B. im Zuge von Fussballspielen oder Grossveranstaltungen. Wie in Ziff. 4.2 erwähnt, soll die Leistung von Extradienst anstelle von Freizeit reduziert werden. Mit dieser Entlastung insbesondere an den Wochenenden soll die Attraktivität der Arbeitsplätze des städtischen Polizeikorps gesteigert werden.

#### **4.4 Gewährleistung der Auftragserfüllung**

Vornehmlich in den Jahren 2012 und 2013 ist die Fluktuationsrate beim Personal der Stadtpolizei spürbar angestiegen. Der Ersatz von austretenden Mitarbeitenden erfordert in der Regel eine Vorlaufzeit für Rekrutierung, Ausbildung und Indienststellung. Mangels eines eigentlichen Stellenmarktes und eines nur beschränkten Potenzials an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern für die Polizeischule ist dieser Prozess langwierig. Auch während dieser Phase ist es wichtig, dass der Dienstbetrieb zur Aufgabenerfüllung durch einen ausreichenden Sockelpersonalbestand gewährleistet ist.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

